

# Europatelegramm

Informationen von Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP (SPD)



Ausgabe 2/2022, #30



## Wo bleibt die Diplomatie?

Russland lässt nicht von seinem verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine ab. Jeden Tag sterben Menschen, sie werden verletzt, sind traumatisiert oder müssen fliehen. Die Not und das Elend dieses durch nichts zu rechtfertigenden Kriegs sind kaum zu ertragen.

Dieses schreckliche Leid, das jeden Tag in allen Medien verfolgt werden kann, erzeugt eine Stimmung, in der die Forderung, man müsse der Ukraine schwere Waffen wie Panzer, Kampfflugzeuge und anderes liefern, wachsenden Zuspruch erfährt. Ohne Zweifel muss die Ukraine unterstützt werden, um ihren Verteidigungskrieg führen zu können. Aber es gibt Grenzen.

Zunehmend wird mehr oder weniger deutlich gefordert, Russland militärisch zur Kapitulation zu zwingen und einen Regimewechsel herbeizuführen. So sehr dies zu wünschen wäre, so sehr sind damit unkalkulierbare Risiken bis zu einem neuen atomaren Weltkrieg verbunden. Wer glaubt ernsthaft, dass der neue, sich selbst zum Imperator aufgeschwungene, Putin mit seinen Atomwaffen eine militärische Kapitulation akzeptieren würde, ohne offen die Zerstörung der Welt auch um den Preis der Selbsterstörung Russlands hinzunehmen? Ganz unabhängig davon, dass die russische Armee trotz ihrer Schwächen und Rückschläge noch immer über erhebliches militärisches Material und Menschen verfügt, was ihnen eine militärische Überlegenheit sichert.

Die Vorstellung, diesen Krieg ausschließlich auf dem Schlachtfeld entscheiden zu wollen, ist brandgefährlich. Die Gefahren eines Nuklearkriegs sind real. Der Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker schrieb: „Die großen Bomben erfüllen ihren Zweck, den Frieden und die Freiheit zu schützen, nur, wenn sie nie fallen. Sie erfüllen diesen Zweck auch nicht, wenn jedermann weiß, dass sie nie fallen werden. Eben deshalb besteht die Gefahr, dass sie eines Tages wirklich fallen werden.“ Und je länger dieser Krieg dauert, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass es so weit kommt. Daher ist es falsch, augenblicklich nur auf einen militaristischen Kurs zu setzen, auch wenn es nötig ist, die Ukraine mit Waffen so zu unterstützen, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt. Aber dieser Krieg wird letztlich durch Verhandlungen zu beenden sein. Daher muss die Diplomatie wieder ein größeres Gewicht erhalten.

Eine gute diplomatische Initiative hat der italienische Außenminister Di Maio in einem Vierstufenplan angestoßen:

1. Es ist ein sofortiger Waffenstillstand anzustreben. Russland muss seine Truppen zurückziehen.
2. Es sind Verhandlungen über den Neutralitätsstatus der Ukraine zu führen.
3. In einem bilateralen Abkommen zwischen Russland und der Ukraine sind Territorialfragen über die Krim und den Donbass zu klären.
4. Es ist ein multilaterales Abkommen über die künftige Friedensordnung in Europa abzuschließen.

Leider ist diese Initiative bislang ohne große Resonanz geblieben, sowohl bei den europäischen Regierungen, als auch in den Leitmedien. Sie befürworten lieber schwere Waffenlieferungen und kritisieren all jene, die für eine risikoabwägende Haltung stehen und verhindern wollen, dass die NATO zur Kriegspartei wird.

Auch die Grünen haben sich mittlerweile zu einer Partei der naiven Bellizisten gewandelt, wenn sie sich gemeinsam vor allem mit den Konservativen und im Europäischen Parlament, oft gemeinsam mit den Rechtspopulisten der polnischen PIS-Partei, für schwere Waffenlieferungen engagieren. Sie haben sich von einstigen friedensbewegten Positionen verabschiedet.

Da ist die öffentliche Debatte in den USA schon weiter. So hat der Herausgeberkreis der New York Times verlangt, dass Präsident Biden „Präsident Selenskyj klarmacht, dass es eine Grenze gibt, wie weit die Vereinigten Staaten und die NATO gehen werden, um Russland zu konfrontieren, und Grenzen für die Waffen, das Geld und die politische Unterstützung, die sie aufbringen können.“ Die Vereinigten Staaten dürfen nicht in einen lang andauernden, „umfassenden Krieg mit Russland“ gezogen werden, fordert das Editorial Board der New York Times. Das Risiko einer unkontrollierbaren Eskalation sei hoch.

Es wäre gut, eine öffentliche Debatte darüber zu führen, wie auf dem schnellsten Weg dieser Krieg gestoppt und in Europa Frieden geschaffen werden kann, um das Sterben in der Ukraine zu beenden und dem Frieden eine Chance in Europa zu geben. Dazu bedarf es mehr Diplomatie!

Text: Prof. Dr. Dietmar Köster



## Keine Geflüchteten zweiter Klasse

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Viele Ukrainer\*innen verlassen ihre Heimat, um sich vor der Gewalt in Sicherheit zu bringen. Die Solidarität, die ihnen auf diesem Weg begegnet, ist enorm. Nationalstaaten und Europäische Union arbeiten daran, die Hürden für Ukrainer\*innen abzubauen und ihnen den Start bei uns so einfach wie möglich zu gestalten.

Ihnen wird EU-weit ein Schutzstatus gewährt, sodass sie zunächst kein Asylverfahren durchlaufen müssen. So können sie zum Beispiel einer Arbeit nachgehen und ihre Kinder ohne Hürden in Schule und Kindergarten anmelden. In Deutschland haben ukrainische Geflüchtete zudem seit Juni 2022 ein Anrecht auf Sozialleistungen wie Hartz IV.

Kurzum: wir tun alles, damit Ukrainer\*innen unbürokratisch und unkompliziert ein neues Leben beginnen können. Großartig! Genauso muss eine Gesellschaft mit Schutzbedürftigen umgehen.

Aber der Schein, dass diese Solidarität allen Schutzbedürftigen gilt, trügt. Denn während wir ukrainische Geflüchtete mit offenen Armen empfangen, schließen wir andere aus. Die außerordentliche Gesetzgebung gilt eben nur Menschen aus der Ukraine, nicht Geflüchteten aus Syrien, Guinea oder dem Iran. Und weiterhin ertrinken Menschen

im Mittelmeer, werden weiterhin im Wald an der polnisch-belarussischen Grenze festgehalten und immer wieder gewaltsam zurückgepusht oder leben unter miserablen Bedingungen in EU-finanzierten Flüchtlingslagern wie auf Samos.

Die Unterstützungen, die ukrainische Geflüchtete erhalten, sind gut und richtig. Die Andersbehandlung von ukrainischen Geflüchteten, weil sie uns angeblich kulturell näher sind, ist jedoch klarer Ausdruck von Rassismus. Das Recht auf Flucht und Asyl ist universell; es darf keine Differenzierung zwischen Geflüchteten geben. Krieg und Gewalt gibt es auch abseits der Ukraine. Diese Menschen müssen wir genauso willkommen heißen. Eine menschenwürdige Migrationspolitik ist möglich. Nun müssen alle von ihr profitieren.



Text: Paula Schmedding, Praktikantin im Brüsseler Parlamentsbüro. Sie beschäftigt sich beruflich und ehrenamtlich mit den Themen Menschenrechte sowie Sicherheit und Abrüstung.

## Neues aus dem Europaparlament

Im April war Dietmar mit dem Menschenrechtsausschuss in Genf. Sein Fazit: Um die Menschenrechte in der Welt ist es schlecht bestellt. Er wird weiterhin für die Einhaltung internationaler Menschenrechtsabkommen streiten.

Während seiner Reise nach Bosnien und Herzegowina Anfang Mai ist erneut deutlich geworden, dass die Wahlen im Herbst unbedingt stattfinden müssen. Alle Bürger\*innen müssen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, die gleichen Rechte haben.

Der bahrainische Oppositionsführer Hassan Mushaima ist seit 2011 politischer Gefangener. Mit seinem Sohn hat Dietmar sich über dessen Zustand ausgetauscht. Er fordert seine unverzügliche Freilassung.

Auf Einladung des israelischen Botschafters war Dietmar beim Jubiläumsempfang zum 74-jährigen Bestehen Israels. In vielen Gesprächen ging es um den Anstieg des Antisemitismus. Die Europäische Kommission wird hoffentlich bald eine Strategie dagegen vorlegen.

Text: Dr. Sonja Grabowsky





## Ahmad Reza Jalali – seit 20 Monaten von unmittelbarer Hinrichtung bedroht

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wurde 1972 in Frankfurt am Main gegründet. Sie unterstützt Andersdenkende und friedliche Bürgerrechtler\*innen in autoritären Staaten und betreibt humanitäre Hilfe, bspw. in der Ukraine oder im Nordirak. Dietmar Köster setzt sich im Rahmen des Patenschaftsprogramms der IGFM für politische Gefangene für die Freilassung von Ahmad Reza Jalali ein.

Ahmad Reza Jalali wurde aufgrund angeblicher Spionage für den israelischen Geheimdienst während seines Besuchs im Iran im April 2016 verhaftet. Unter dem Vorwurf von „Verderben stiften auf Erden“ wurde Jalali im Oktober 2017 schließlich zu Tode verurteilt. Ein unter Folter entstandenes Geständnis wurde Ende 2017 im Staatsfernsehen ausgestrahlt.

In Haft wurde dem Akademiker dringende medizinische Behandlung verweigert, auch, als Anfang 2019 ein Verdacht auf Krebs bekannt wurde. Als die Islamische Republik im Zuge der Corona-Pandemie Tausende Häftlinge in den Haft«urlaub» schickte, wurden politische Gefangene – darunter auch Ahmad Reza Jalali – von dieser Regelung weitestgehend ausgeschlossen. Darüber hinaus wurde Jalali über Monate in Isolationshaft gehalten.

Am 25. November 2020 wurde der schwedisch-iranische Staatsbürger in Einzelhaft verlegt und ihm mitgeteilt, dass seine Hinrichtung bald vollstreckt werde. Nach dem großen internationalen Protest gegen seine bevorstehende Hinrichtung wurde das Urteil nicht vollstreckt. Nach sechs Monaten in Isolationshaft wurde Jalali erst am 14. April 2021 wieder in eine Zelle mit anderen Gefangenen verlegt.

Knapp ein Jahr später, am 4. Mai 2022 wurde erneut gedroht: Jalali solle spätestens am 21. Mai hingerichtet werden. Die Nachricht folgte kurz nachdem die schwedische Staatsanwaltschaft lebenslange Haft für den in Schweden angeklagten Iraner Hamid Noury forderte, der 1988 für Tausende Hinrichtungen politischer Gefangener im Iran verantwortlich gewesen sein soll. Die Androhung der Vollstreckung wird als politischer Racheakt der iranischen Behörden gewertet. Auch dieses Mal wurde das Urteil nicht vollzogen. In Sicherheit ist Jalali damit aber nicht. Sein Leben hängt nach wie vor in der Schwebe.



Text: Laura Pohl, Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der IGFM

## Aus der Betreuungsregion



Die Europäische Union hat 2022 das Jahr der Jugend ausgerufen, um jungen Menschen mehr Gehör zu schaffen. Dietmar trägt gern dazu bei.

So hatte er während der Europawoche einen regen Austausch an der Gesamtschule Gartenstadt Dortmund. Die Schüler\*innen nutzten die Möglichkeit Fragen zur steigenden Inflation, einem europaweiten Mindestlohn und der EU-Erweiterung zu stellen. Dominierendes Thema war der Angriffskrieg Russlands. Alle waren sich einig, dass sich das gesamte politische Streben auf eine

Beendigung des Krieges richten muss. Das Gespräch ist Bestandteil des Schulbeitrages am Wettbewerb zur Europawoche 2022. Toi, toi, toi!

Der Girls'Day fand dieses Jahr in Köln statt. 17 Teilnehmerinnen aus ganz NRW trafen sich zu einem Austausch über Karrierechancen und Feminismus in der EU. Im persönlichen Gespräch ging es in erster Linie um die Arbeit eines Europaabgeordneten. Auch wie Europa zum Frieden zwischen Russland und der Ukraine beitragen kann, wurde angeregt diskutiert. Danke an alle Teilnehmerinnen!

Text: Ulla Große-Ruyken



## Ein Kommentar zu feministischer Außenpolitik

„Frieden in all seinen Aspekten ist jetzt eindeutig ein Frauenthema. Wenn es weniger Patriarchat gäbe, gäbe es wahrscheinlich weniger Gewalt“ behauptet die amerikanische Aktivistin Mary Farenthold 1915 auf dem ersten internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag. Während der Erste Weltkrieg in Europa wütet, finden sich auf dem Kongress mehr als tausend Frauen aus zwölf Nationen zusammen, um Forderungen aufzustellen.

Einige davon haben sich erfüllt, etwa die Einrichtung des Internationalen Gerichtshofes oder die Einstufung von Vergewaltigungen als Kriegswaffe. Bei der fundamentalsten Forderung nach Gleichstellung besteht leider nach wie vor Nachholbedarf.

Knapp hundert Jahre später formuliert deswegen die schwedische Außenministerin Margot Wallström 2014 Grundsätze einer feministischen Außenpolitik. Sie umfassen die drei Rs: *Rechte, Repräsentation und Ressourcen*. Hinsichtlich dieser drei Punkte spielen Frauen weltweit eine untergeordnete Rolle. Feministische Außenpolitik fordert gleiche *Rechte* für Mädchen und Frauen ein. Das geht nur, wenn sie bei politischen Entscheidungen in *repräsentativen Ämtern* sind. Zudem muss bei der Verteilung von *Ressourcen* sichergestellt werden, dass die Lebensrealität von Mädchen und Frauen verbessert wird.

Übertragen auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fängt eine feministische Politik beispielsweise damit an, dass bei Hilfsgütern nicht nur Essen, sondern auch Güter für schwangere Frauen geliefert werden und

hört damit auf, dass, sollte es so weit sein, Frauen an Friedensverhandlungen beteiligt werden. Längst ist der Zusammenhang zwischen der Beteiligung von Frauen an Verhandlungen und der Dauer von Friedensvereinbarungen nachgewiesen.

Die Ausgestaltung der feministischen Außenpolitik ist nicht in Stein gemeißelt, sondern wandelt sich ständig. Die drei Rs werden inzwischen um ein „D“ für *Diversität* ergänzt. Durch globale männliche Machtstrukturen geht nicht nur die Lebensrealität von Mädchen und Frauen unter, sondern werden auch diejenigen nicht mitgedacht, die auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit, ethnischen Herkunft oder sexuellen Ausrichtung strukturell diskriminiert werden.

Der Krieg in der Ukraine, die Pandemie und die wirtschaftliche Rezession sind ein herber Rückschlag für Feminist\*innen, denn diese Faktoren verschärfen global die Lage derer, die ohnehin strukturell marginalisiert werden.

Eine laute feministische Außenpolitik ist deshalb bitter notwendig, um der vergessenen Hälfte der Gesellschaft eine Stimme zu geben. Das ist kein „Gedöns“, sondern schlicht demokratisch.



Text: Lisa Storck, Pressesprecherin im Büro von Dietmar Köster und Masterstudentin in „European Studies and Comparative Public Governance“ an der WWU und Twente University



Impressum  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
(V.i.S.d.P.):  
Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP  
c/o: Europabüro Dietmar Köster  
Königstraße 69a  
58300 Wetter (Ruhr)

Redaktion: Lisa Storck,  
Layout: ideenkarussell.de  
Auflage: 2.000  
Alle Rechte des Europatelegramms, mit Ausnahme der gekennzeichneten Inhalte, liegen bei Dietmar Köster, MdEP.

